

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Sul. Ad. Schlegel, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Kiehlisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortlicher Redakteur: J. Kadtsfeld in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate werden angenommen in den Städten der Posen bei den Anzeigen, ferner Annoncen-Expedition, K. Hofe, Kasernenstr. 17, S. L. Paube & Co., Juvall. Verantwortlich für die Inseratenteile: J. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 453

Sonnabend, 1. Juli.

189

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 30. Juni, 11 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Der Gesetzentwurf, betreffend die Deckung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1891/92, wird in dritter Lesung ohne Erörterung unverändert angenommen.

Alsdann wird die Beratung des Antrags Dr. Eckels (nl.) und Genossen betreffend Aufhebung des Staffeltarifs für Getreide, Mühlen- und Malzfabrikate fortgesetzt, in Verbindung mit der Beratung des Antrags Schöller (freik.) und Genossen, betreffend die Wirkungen der Staffeltarife für Getreide, Mühlen- und Malzfabrikate und die Frachtermäßigung auf kürzere Entfernungen.

Abg. Sorn (nl.): Selbst die Möglichkeit, Getreide und Mühlenfabrikate aus dem Osten zu billigeren Preisen zu beziehen, bewirkt eine Beunruhigung und eine Verschlechterung der Marktpreise im Westen. Die östlichen Provinzen befinden sich gegenüber den westlichen keineswegs in einer so ungünstigen Lage, daß eine so einschneidende und den Westen schädigende Maßregel, wie die Staffeltarife, gerechtfertigt wäre. Deshalb bitte ich um Annahme des Antrags Eckels.

Auf eine Anfrage des Vorredners erwidert Eisenbahnminister Thielen, daß bereits in Aussicht genommen sei leichteres Papier für Frachtbriefe zu nehmen, wodurch eine Portoverminderung eintreten werde.

Abg. Frhr. v. Plettenberg (konf.) bemerkt, daß die Landwirtschaft des Westens keineswegs so günstig gestellt sei, wie immer ausgeführt werde. Die Konkurrenz der Industrie bringe eine Erhöhung des Lohnes für landwirtschaftliche Arbeiter bis auf das Doppelte mit sich. Außerdem hätten die Landgemeinden des Westens unter den großen Schulden, die die starke Arbeiterbevölkerung hervorbringe, zu leiden. Der Osten könne bedeutend billiger als der Westen produzieren. Deshalb müßten die Staffeltarife aufgehoben werden.

Abg. Teer (natl.) spricht sich in längeren Ausführungen, die bei der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne nahezu unverständlich bleiben, für den Antrag Schöller aus.

Abg. Schmitz-Erkelenz (Ctr.): Der Minister hat erklärt, es sei möglich, daß bis zum 1. Oktober vielleicht Milderungen eintreten könnten. Deshalb soll der Termin so weit hinausgeschoben werden, während doch die Einführung der Staffeltarife sehr schnell vor sich ginge? Statt damals diese Tarife einzuführen, wäre es richtiger gewesen, eine prozentuale Ermäßigung der Tarife durchzuführen. Auch zur Zeit ist eine weitergehende Ermäßigung der Tarife für den südlichen Teil des Raderer Bezirks und für den Raderer Bezirk zur Hebung der dortigen Futtermittel durchaus notwendig. Die Eisenbahnverwaltung darf sich nicht allein auf den kaufmännischen Standpunkt stellen, sie muß die wirtschaftlichen Interessen des gesamten Landes berücksichtigen. Die Staffeltarife greifen der rheinischen Schifffahrt und Rheberei zu großem Schaden. Der Westen hat allerdings bis zum Eintritt der Staffeltarife etwas höhere Getreidepreise gehabt, aber er hat sie auch haben müssen wegen der höheren Erzeugungskosten. Jetzt verleiten die Staffeltarife den westlichen Handel zum Untertreten. Dem Landmann des Westens wird trotz der größeren Produktionskosten kein Grobchen mehr für sein Getreide gezahlt als dem Landmann des Ostens. Der Osten hat von den Staffeltarifen keinen Nutzen, der Westen bedeutenden Schaden. Namentlich kommen diese Staffeltarife bei der zu erwartenden guten Ernte im Auslande, in Rußland und Oesterreich, diesem zu gute und machen den Nutzen des schutzlosen Ostens. Die Beunruhigung, welche die Gefahr einer Gleichstellung des russischen und österreichischen Getreides in landwirtschaftlichen Kreisen verbreitet hatte, ist ja in einem gewissen Maße gewichen. Vielleicht ist der Minister in der Lage, noch einige Mitteilungen zur weiteren Beruhigung zu machen. Der Westen wird immer beurteilt nach dem äußeren Eindruck, den das schöne Rheinland auf den Touristen macht. Und doch steht die Landwirtschaft des Westens keineswegs günstiger als die des Ostens. Im Osten sind die großen Latifundien, welche die Maschinen sich nützen machen, im Westen die kleinen Zergewirtschaften, welche mit dem Spaten bearbeitet werden. Im Westen sind die Diensthöhlen außerordentlich hoch. Die Staffeltarife vereiteln die Ziele unserer Schutzgesetzgebung, sie schädigen die westliche und mitteldeutsche Landwirtschaft, sie schaffen Unsicherheit in unseren Erwerbs- und Verkehrsverhältnissen. Deshalb bitte ich Sie um Annahme des Antrags Eckels. (Beifall.)

Abg. Dr. Ritter (ft.) schließt sich dem Standpunkt des Abg. Schöller an, allerdings mit der Modifikation, daß die Beschwerden bezüglich der Mühlenfabrikate eine gewisse Berechtigung haben. Der Osten bedürfe der Staffeltarife, um sein überschüssiges Getreide absetzen zu können. Den sächsischen Landwirthen, die keinen Vorteil von den Staffeltarifen hätten, könne man durch Verkürzung der Staffel helfen. Die Klagen der westlichen Landwirtschaft seien völlig unbegründet; denn gerade, weil die Staffeltarife das Getreide des Ostens auf den westlichen Getreidemarkt gebracht hätten, sei das ausländische Getreide von diesem Markt verdrängt worden. (Sehr richtig!) Die Agitation der westlichen Landwirthe gegen die Staffeltarife laufe darauf hinaus, daß man der heimischen Landwirtschaft den Profit nicht gönne. Es sollten die großen Gesichtspunkte über den kleinen nicht vergessen werden. (Beifall.)

Abg. Stengel (ft.): Auch ich bitte den Minister, für die mittleren Gegenden eine Verkürzung der Staffeln eintreten zu lassen. Nach den Ausführungen des Ministers schien es so, als seien die Staffeltarife das System der Zukunft, welches für alle möglichen Gegenstände eingeführt werden könnte. Sollte das seine Meinung sein, dann bitte ich jeden Bewohner der mittleren Gegenden, sich ja nicht auf eine neue Unternehmung einzulassen; denn ein einziger Federstrich kann sie vernichten. (Sehr richtig!) Auch der Osten hat von den Staffeltarifen keinen wahren Nutzen. Wirklich geholfen kann ihm nur durch Aufhebung des Identitätsnachweises werden.

Minister Thielen: Der Staffeltarif beruht auf einer wirtschaftlich und finanziell richtigen Grundlage, weil er den Selbstkosten proportional ist. Auch die Provinz Sachsen hat sich mit großer Entschiedenheit für die Staffeltarife erklärt; denn sie hat den größten Vorteil von dem Staffeltarif für den Versand von Kalisalzen. Es wird beabsichtigt, hier die Staffel noch wirksamer zu machen. Für die Mühlenfabrikate ist allerdings die Wirkung der Staffeltarife nicht in dem Maße günstig wie für Getreide. Die Provinz Sachsen hat von den Staffeltarifen erheblichen Gebrauch gemacht, wie die Statistik beweist. Allein nach der Rheinprovinz ist der Versand von Getreide aus Sachsen um 50 Prozent gestiegen.

Abg. Tichocke-Breslau (natl.) befürwortet Beibehaltung der Staffeltarife, auch für Malz- und Mühlenfabrikate, vielleicht mit der Modifikation, daß die Staffeln gekürzt werden. Man dürfe die Malzindustrie nicht durch Aufhebung des Staffeltarifs ruinieren. Er beantrage Verweisung der Anträge an die verstärkte Budgetkommission.

Abg. Herold (Centr.) meint, daß von den Staffeltarifen nur vier Provinzen des Ostens Nutzen hätten, während ganz Mittel- und Westdeutschland schwer darunter leide. Die natürlichen Verschiedenheiten, welche es in der preussischen Monarchie gebe, dürften nicht künstlich verschoben werden. Die Bewegung gegen die Staffeltarife setze, Vereine und Behörden, wie der Landesbahnrath, hätten sich gegen sie erklärt.

Abg. v. Vockelberg (konf.) bemerkt, die Staffeltarife müßten erhalten bleiben, so lange nicht die ostdeutsche Landwirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sei. Ausländisches Getreide sei nur ganz minimal mit Hilfe der Staffeltarife befördert, es gehe meist den Wasserweg. Deshalb sei zu wünschen, daß das ostdeutsche Getreide noch mehr als bisher auf Eisenbahnen verfrachtet werde, dem Wasserwege Konkurrenz mache und das ausländische Getreide vom westdeutschen Markt verdränge.

Abg. Graf Sönsbröck (Ctr.) spricht sein Bedauern aus, daß die Schutzpolitik nicht mehr das Entgegenkommen bei der Regulierung finde, wie früher. Der Ausfluß dieser Stimmung sei die Einführung der Staffeltarife. Dadurch werde das an sich berechtigtere Interesse einzelner Provinzen in den Vordergrund geschoben gegenüber dem Gesamtinteresse.

Abg. Klose (Ctr.) befürwortet den Antrag Schöller. Ein Schlussantrag wird angenommen.

Abg. v. Szarlinski (Pol.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß er gegen den Antrag Eckels stimmen werde.

Nach einem Schlusswort der Abg. Schmitz (Erkelenz, Ctr.) und Schöller (ft.) werden beide sich widersprechende Anträge Eckels und Schöller unter großer Heiterkeit angenommen.

Präsident v. Köller theilt mit, daß der Abg. Sönsbröck sein Mandat niedergelegt habe, und beräumt die nächste Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr an mit der Tagesordnung: kleinere Vorlagen, darunter das Ruhegehaltsgesetz für Volksschullehrer, Interpellation Schulz (Wupf; ft.), betreffend Maßregeln gegen die Futtermittel.

Auf eine Bemerkung des Abg. Lehmann (Ctr.) zur Geschäftsordnung, daß zur Erledigung der etwa 80 Petitionsberichte zunächst einige Schwerwichtige abgehandelt werden sollten, erwidert Präsident v. Köller: Daß doch zunächst die Vorlagen der Regierung, alsdann die Anträge — noch eben sei ein neuer eingegangen — erledigt werden müßten, zumal letztere zum Teil früher eingegangen seien als die Petitionsberichte.

Auf eine Anfrage des Abg. Rickert (Dfr.) bezüglich des Schlusses der Session erwidert Minister v. Bötticher: Ich bin nicht darüber unterrichtet, ob von irgend einer Seite die Absicht besteht, dem Landtage neue Vorlagen zu machen. Ich kann mich über den Schluß des Landtages nicht eher näher äußern, als bis darüber Beschluß gefaßt ist, und ein Beschluß kann nicht eher gefaßt werden, als bis diejenigen Arbeiten, deren Erledigung die Staatsregierung wünscht, auch wirklich erledigt sind. (Große Heiterkeit.)

Nach längerer weiterer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Präsident v. Köller: Was die Förderung der Petitionen betrifft, so werde ich den Wünschen des Hauses möglichst entgegenkommen. Ich werde auch davor nicht zurückweichen, eine Abend-sitzung anzuberaumen. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Schluß 3/4 Uhr.

## Herrenhaus.

19. Sitzung vom 30. Juni, 12 Uhr.

Zu Ehren des verstorbenen Oberbürgermeisters Selke erheben sich die Mitglieder von den Sitzen.

Der vom Abgeordnetenhaus in abgeänderter Fassung zurückgekommene Gesetzentwurf, betreffend die im Geltungsbereich des rheinischen Rechts bestehende Pfandbeschlüsse, wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung des Kommunalabgabengesetzes.

Die Kommission hat entzogen den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses folgende zwei wesentlichen Änderungen vorgenommen: 1) Der Anteil von juristischen Personen an dem Geschäftsbetriebe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist kommunalsteuerpflichtig. 2) Die Besitzer von Aktien einer Aktiengesellschaft, die schon der Besteuerung unterliegen, sollen nicht, wie das Abgeordnetenhaus beschloß, hat, berechtigt sein, für die Kommunalsteuerzuschläge die Hälfte der Dividenden abzuziehen.

In der Generaldiskussion beantragt Berichterstatter Oberbürgermeister Zweigert die Annahme der Vorlage mit diesen Änderungen.

Oberbürgermeister Bender: Ich werde gegen das Gesetz stimmen, weil alle Vorteile der Vorlage nicht aufwiegen die Nachteile, die entstehen infolge der Einschränkung der großen und kleinen Selbstverwaltung der Gemeinden in vielen wichtigen Punkten. Die Ausdehnung der Staatsaufsicht halte ich für verwerflich für die Entwicklung des Gemeinbewusstseins. Das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit wird wesentlich vermindert. Die Selbst-

verantwortlichkeit ist aber das, was allein die gedeihliche Entwicklung gewährleistet.

Oberbürgermeister Bender: Manche Bedenken des rednerischen theile ich, aber ich würde doch die Vorteile des Entwurfs für die Gemeinde größer als die Nachteile, und ich würde dafür stimmen. So schlimm, wie der Vorredner über die Einschränkung der Selbstverantwortlichkeit denkt, wird sich die Sache in der Praxis nicht stellen. Schon jetzt haben wir ja einen ziemlich weitgehenden Staatseinfluß in Kommunalsteuerangelegenheiten. Die Staatsregierung wird von ihrem Rechte, Steuerordnungen den Gemeinden zu oktroyieren, nach den Erklärungen des Ministers in sehr geringem Maße Gebrauch machen. Der Schwerpunkt der Vorlage liegt in dem berechtigten Bestreben, die Zuschläge der Personalsteuer auf ein möglichst geringes Maß herabzusetzen. Durch wird die Verfassung zu einer falschen Deklaration erhebt abgeschwächt. Leider geht der Gesetzentwurf in dieser Beziehung nicht weit genug. Hohe indirekte Steuern sind immer besser hohe direkte, und ich bedaure, daß das Abgeordnetenhaus die Möglichkeit neuer Miethssteuern beseitigt hat. Es bleiben also die Gemeinden nur die Umschlagsteuer bei Grundstücksverkäufen und die Getränkesteuer, die ein wichtiges und geeignetes Steuerobjekt bilden. Ihre weitere Ausgestaltung als Kommunalsteuer müßte von der Regierung befördert werden.

Minister des Innern Graf v. Guleburg: Es ist von allen Seiten anerkannt worden, daß der Gesetzentwurf Verbesserungen enthält, der Einwand erhebt sich bloß gegen die dringlichen Mittel zur Erreichung der Zwecke. Aber der Einwand zerfällt in sich selbst wenn man erwägt, daß der Uebergang in die neuen Verhältnisse gesichert werden muß. Die Vermehrung des Staatseinkommens besteht einzig in der Berechtigung der Regierung, ungesetzliche Steuererfassungen durch eine andere zu ersetzen. Aber da gegen kann ja das Gericht angerufen werden. Wir müssen die Mittel haben, um das durchzuführen, was im Sinne des gewärtigen Gesetzes liegt. Die Staatsbehörde greift ja nur da wo die Gemeinde gegen das Gesetz handelt.

Damit ist die Generaldiskussion geschlossen.

Frhr. v. Mantuffel beantragt, den Gesetzentwurf anzunehmen mit Ausnahme des § 36, zu dem ein Antrag des Reichsbankpräsidenten Koch vorliegt, der bei der Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer für die Reichsbank die Ermittlung nach den für die Aktiengesellschaften geltenden Vorschriften erfolgen soll.

Reichsbankpräsident Koch begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Reichsbank wie eine Aktiengesellschaft organisiert sei und daher auch ebenso behandelt werden müsse. Die Tendenz des Antrages gehe dahin, daß der Gewinn der Reichsbank aus der Reichsbank, deren frühere Gewerbesteuerfreiheit aufgehoben sei, nicht besteuert werden dürfe.

Finanzminister Dr. Miquel hält den geforderten Abzug für berechtigt, glaubt aber nicht, daß in der eingebrachten Fassung der beabsichtigte Zweck erreicht wird.

Oberbürgermeister Bender: Ich habe den Antrag unterstützt, aber nur darum, weil wir ja jeden Antrag unterstützen, der nicht gegen die guten Sitten ist. (Heiterkeit.) Ich bitte den Antrag abzulehnen, da kein Grund vorhanden ist, den Gewinn der Reichsbank der doch aus dem Gesamtgewinne der Reichsbank als Aktiengesellschaft fließt, auszunehmen.

Oberbürgermeister Struckmann und Berichterstatter Zweigert schließen sich diesen Ausführungen an.

Reichsbankpräsident Koch zieht darauf seinen Antrag zurück, nachdem auch der Finanzminister erklärt habe, daß er materiell dem Antrage einverstanden sei.

Der Gesetzentwurf wird darauf im Ganzen angenommen, ebenso werden die folgenden von der Kommission beantragten Resolutionen angenommen: Die königliche Regierung zu ersuchen 1) beim Reiche die geeigneten Schritte zu thun, um den Gemeinden die Möglichkeit einer Erweiterung der Besteuerung indirekter Steuern von Getränken zu gewähren und bestehenden Verschlechterungen in der Berechtigung der Gemeinden zur Einführung derartiger Steuern zu beseitigen; 2) die geeigneten Schritte zu thun, um zu ermöglichen, daß die Gewerbebetriebe des Reichs ebenso wie die des Staates zu den Gemeindeausgaben herangezogen werden; 3) einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Heranziehung der öffentlichen und privaten Feuerversicherungsanstalten zu den Feuerlöschkosten ermöglicht.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Otto Fürst zu Stolberg theilt mit, daß das mit der Beratung des gesammelten noch vorhandenen Materials spätestens Mittwoch fertig sein dürfte.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr (Sekundär-gesetz.)

Schluß 3 Uhr.

## Deutschland.

□ Berlin, 30. Juni. Dem Abgeordnetenhaus steht eine unangenehme Aufgabe bevor. Es über das Herrenhaus zurückgelangende Kommunalsteuerreform zu berathen haben, und da das Herrenhaus auf die Besteuerung der Aktiengesellschaften eine Abänderung an der Fassung des anderen Hauses vorgehat, so wird kaum etwas Anderes übrig bleiben, als sich unangenehmen Muth zu fügen und jetzt die Vorlage in Fassung des Herrenhauses für trefflich zu befinden. Daß das nicht ist, daß das Herrenhaus eine Verschlechterung angenommen hat, macht die Sache natürlich noch verdrücklicher. Aber es erscheint unmöglich, den Landtag noch länger zusammenzuhalten, und dem Finanzminister liegt an der beschlossene Aenderung soviel nicht, daß er um ihretwillen dem Abgeordnetenhaus zu Hilfe kommen sollte. Ganz willkommen ist die Sache dem Zentrum sein; die Ultramontanen, die ob-



echtigen Wahlgeschmerzen großen, sind jetzt weniger Lage, sich mit sachlichen Einwänden gegen das allgemeine Gemeindefteuergesetz zu versehen, was ihnen lieber sein wird, als daß sie sich wiederum nur auf ergründeten Däpirten herausspielen sollen. Charakteristisch bleibt es, daß die wichtigsten Vorlagen der Reichsversammlung der Landtagsession, Steuerreform und Heeresverstarke ohne die an Zahl stärkste Partei durchgebracht werden. Zentrum hat wahrlich Anlaß, seinen Windthorst zu verewnen.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz betreffend die Änderung des Wahlverfahrens.

**Strasbourg i. Elz.**, 30. Juni. Der Bürgermeister Spieß, Mitglied des Landesauschusses, ist seines Amtes enthoben worden.

## Militärische Mittheilungen.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Dem bewährten Führer der südwestafrikanischen Schutztruppe, Hauptmann v. François, ist eine Beförderung zu Theil geworden, welche wohl aus Anlaß der tapferen Abwehr des Felsenfestes von Henrik Witbooi stattgefunden hat. Herr v. François ist zum Major ernannt worden und gleichzeitig à la suite des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pomm.) Nr. 2 gestellt. Dem v. François ist diese Beförderung von Herzen zu gönnen. Er hat sich aber nicht nur als Offizier und Führer der Schutztruppe bewährt, sondern als ein diplomatisches und koloniales Talent ersten Ranges; denn Jahre lang er mit seiner kleinen Truppe es verstanden, sich nicht nur in Südwestafrika zu halten, sondern auch so weit es eben ging, in deutschen Namen Achtung zu verschaffen. Seine Stellung in Hottentottenhäuptling, den unzufriedenen Bastards und den kriegerischen Hereros gegenüber war um so schwieriger, als er den Befehl seitens des auswärtigen Amtes erhalten hatte, nicht mit Waffengewalt aufzutreten und sich den Streitigkeiten der Eingeborenen möglichst fern zu halten. Jetzt haben sich die Verhältnisse glücklicherweise geändert. Major v. François gebietet über eine genügende Streitkraft, um jeden Widerstand der Eingeborenen zu brechen, wenn es nöthig sein sollte. Der Kolonialpolitik Deutschlands hat Herr v. François durch sein unthövolles Ausdauern auf dem scheinbar verlorenen Posten einen werthvollen Dienst geleistet.

**Personalveränderungen im V. Armeekorps.** v. Wedel II. à la suite des Pos. Manen-Regts. Nr. 10, mit Pension abgeschrieben.

**Personalveränderungen in der 4. Division:** Friedrich, Feuerwerkst. vom Art.-Depot Swinemünde, zum Art.-Depot Bromberg, Wegner, Feuerwerkst. vom Art.-Depot Bromberg, zum Artillerie-Depot Swinemünde versetzt.

## Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 30. Juni.

Sonst wenn die Strahlen der Julisonne auf das Berliner Pflaster und den Berliner Asphalt herniederfengten, sonst hätte sie schon begonnen die große Flucht der Berliner in das kühle Land der Sommerfrischen. Diesmal ist fast noch kein eiselofer gepackt. Es ist nicht nur die Erwartung auf das, als die ersten Julitage in politisch bringen sollen, die Viele zurückhält — einflußreicher ist der Umstand, daß diesmal die großen Ferien erst Mitte Juli beginnen werden. Und halb zeigen unsere gewohnten Abendfrischen noch immer die alte Physiognomie. Noch immer giebt es Abends zwischen 12 und 12 Uhr schwerlich ein freies Plätzchen in den Cafés Potsdamer Platz, bei Josty und im Bellevue; im Ausflugsparke muß man vor den Orchestern noch jeden Schritt mühsam erkämpfen, im Zoologischen Garten zeigt die „Asterallee“ noch immer dieselben Bekannten; fährt man Sonntag leichtsinniger Weise in der Stadtbahn, so kann man noch immer sicher sein, in den für zehn Personen berechneten Corpees 15—20 Reisegenossen zu haben, falls es überhaupt mitzukommen glückt. Und bei Kroll in der Sommerme, wo die Sembrich und daneben Frau Klafsky Triumphe in winterlicher Stärke feiern, giebt's ausverkaufte Häuser. Eine Saison will nicht sterben. Zwar schließen heute die paar eater, die der Junihohe noch getrotzt haben, die beiden Hofater, das Deutsche und das Berliner Theater, dafür aber imnt morgen im „Theater Unter den Linden“, als wären in der eigentlichen Saison eine Prager Operngesellschaft längeres Gastspiel.

Und wie wir dort morgen mit einer für Berlin neuen er, mit Smetanas „Verkaufte Braut“ beentet werden, so wird von morgen an neben den vielen, all vielen bereits vorhandenen Panoramen das Publikum zu neuen, einem Marine-Panorama geladen werden, das heute bereits besichtigen konnten. Ganz entre nous hat viel Gefallen finden die Berliner an Panoramen nicht mehr. Wir haben so ziemlich alle Panoramengier genossen, Schlachtenpanoramen, landschaftliche und se und historische Rundgemälde, sogar ein ebenso patriotisch als geschmackloses Hohenzollern-Panorama. Vesteres nun jetzt abgelöst worden durch das Marine-Panorama, welches eine Weile wohl prosperiren dürfte, da es endlich einmal eine Abwechslung bringt. Es ist nämlich ein veritabler roger Lloyd-Dampfer, eine Nachbildung des Dampfschiffes „Saale“, die uns da vorgeführt wird. Und das ist für uns Berliner Landdratten, die wir höchstens einmal zu einer Spreehrt nach dem Müggelsee oder wenn wir Besuch aus der Provinz erhalten, zu einer Kahnfahrt durch den Spreewald kommen, immerhin ganz interessant. Durch ein elegantes Treppentonnent man zu den Klippen, zu den Klüften, Bade- und

## Aus dem Gerichtssaal.

B. C. Berlin, 28. Juni. Die Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft „Nordstern“ zu Berlin hatte im Jahre 1885 in Halle an der Saale eine Subdirektion eingesetzt, die für die Provinz Sachsen, Königreich Sachsen und die Thüringischen Staaten sämtliche Geschäfte der genannten Gesellschaft zu führen hatte. Die Leitung dieser Subdirektion war einem Herrn von Strejow übertragen, der auch das Betriebspersonal für seinen Bezirk anzustellen hatte und u. a. im Jahre 1885 als Beamten einen Herrn v. Sch. engagierte, der ihm eine Kautions von 5000 M. in Konjols stellen mußte. Die Quittung über diesen Betrag trug den Unterdruck „Nordstern pp. die Subdirektion“ und die Unterschrift „von Strejow“. Nach dem im Jahre 1887 erfolgten Tode des v. von Strejow löste die Berliner Direktion die Subdirektion in Halle auf und entthob nebst den anderen Beamten auch den erwähnten Herrn v. Sch. seiner Stellung. Dieser wollte nun seine Kautions wieder haben, mußte aber erfahren, daß der verstorbene Subdirektor seiner Zeit diese Kautions nebst anderen gar nicht der Direktion übergeben, sondern unentgeltlich lagerte und für sich verbraucht hatte. Aus dem Nachlaß desselben erhielt er indeß doch noch die Summe von 1531 Mark, worauf er wegen des Restes seiner Kautions direkt gegen die Direktion der Gesellschaft klagte, welche für ihren Subdirektor verantwortlich sei. Die 11. Strafkammer für Handelsachen des Landgerichts I erkannte hierauf auch nach dem Klageantrage, indem sie im Wesentlichen Folgendes ausführte: Die Beklagte hatte dem Herrn v. S. den Titel eines „Subdirektors“ beigelegt, ohne unzweideutig zum Ausdruck zu bringen, daß der Titel sachlich bedeutungslos sei. Mit Genehmigung der Beklagten ist es ferner geschehen, daß der v. v. S. sich im Geschäftsverkehr bei der Anstellung von Beamten der Zeichnung „Nordstern pp. die Subdirektion“ bedient hat. In jedem dritten, also auch in dem Kläger, mußte hiernach der Glaube erweckt werden, als habe man es mit einem „für den ihm zugewiesenen Geschäftsbezirk zur Vornahme von Geschäften und Rechtshandlungen ermächtigten Gesellschaftsbeamten“ zu thun. Auf Grund des Art. 47 H.-G.-B. war sonach mangels einer erkennbaren Einschränkung auch anzunehmen, daß sich die Vollmacht des v. S. auch auf die Regelung der Kautionsverhältnisse erstreckte. Das Urtheil weist sodann darauf hin, daß sich früher schon ein anderer Agent an die Direktion in Berlin mit der Frage gewandt hatte, ob sie für die von dem v. v. S. geforderte Kautions garantierte, worauf sie antwortete: „Wir geben Ihnen anheim, die von unserem Subdirektor v. S. geforderte Kautions an uns direkt einzulösen.“ — Die Auffassung des nunmehr die Kautions dem v. v. S. übergebenden Agenten, daß er die Kautions dem „Nordstern“ leihte, ist durch die Antwort der Direktion nicht beseitigt. Sie hätte demselben eine unzweideutige Aufklärung geben und auch dem v. v. S. ein solches Verfahren verbieten müssen, statt dessen aber dem Agenten nur anheim gestellt, die Kautions direkt an sie einzulösen. Dieser Fall muß als präjudizial, resp. als Nachweis dafür gelten, daß Beklagte im Allgemeinen damit einverstanden war, daß v. S. Kautions von den Angestellten annahm. Auch die Quittung über die Kautions spricht keineswegs für die Behauptung der Beklagten, daß nicht sie, sondern nur der v. v. S. persönlich der Empfänger des Geldes und ausschließlich und allein für dessen Rückgabe verantwortlich gewesen sei, denn in der Quittung ist ausdrücklich gesagt: „Wir verpflichten uns zur Rückgabe“ u. Das Gericht hält hiernach die weiteren Hinweise der Beklagten auf die den Subdirektoren erteilten Instruktionen, die übrigens dem Kläger als Beamten der Gesellschaft hätten bekannt sein müssen und wonach die Kautions nur dann

eine rechtsverbindliche Folge für die Gesellschaft hatten, wenn sie bei letzterer selbst deponirt wurden, für unerheblich und verurtheilte sie zur Zahlung. Auf die hiergegen eingelegte Berufung erkannte das Kammergericht dieser Tage auf einen Eid für den Kläger, daß er die Kautions nicht dem v. v. S. persönlich, sondern nur der Gesellschaft habe stellen wollen. Bleibt er den Eid, so bleibt es bei der ersten Sentenz, andernfalls wird die Klage abgewiesen.

## Vermischtes.

† Die Fürstin Bismarck ist schwer erkrankt. Ueber ihren Zustand erfährt der „V. A.“, daß derselbe, wenn auch keine eigentliche Gefahr obwalte, doch immerhin kein unbedenklicher ist, da sich zu dem alten Leiden, Husten und Asthma, vor einigen Tagen noch Blutbrechen gesellt hat.

† Die Lüneburger Heide brennt. Seit zwei Monaten steht das Gamsers Moor in der Lüneburger Heide, das sich unfern Gisthorn zwischen Gamsen und der Moorcolonie Blatendorf hinzieht, in Brand. Anfangs war es ein unscheinbarer Heidebrand, doch gelang dessen Löschung nicht, weil das Feuer mehr als Fuß tief in die Torfschicht eingedrungen war. Wiederholt sind Löschungsversuche unternommen worden, doch erfolglos; schließlich mußte man die Hoffnung auf einen ergiebigen Regen setzen. Aber dieser ist ausgeblieben, seit dem 18. März ist ein durchdringender Regen dort nicht gefallen. Jetzt stehen etwa 10 Morgen Moor und Torf in Brand, und da theilweise die Blatendorfer Colonie gefährdet erscheint, so sind jetzt größere Löschmannschaften und hundert Mann von der Provinzial-Arbeitercolonie Kästorf am Brandort in Thätigkeit.

† Die Dichtigkeit der Erde. In der letzten Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften berichtete Tisserand von einem interessanten Experiment des jungen Naturforschers R. Berget. Dieser hatte es unternommen, die von Cavendish und in jüngerer Zeit von A. Cornu berechnete Dichtigkeit der Erde festzustellen. Er benutzte die Wasserstandsveränderungen eines Luxemburger Sees, der eine Oberfläche von 32 Hektaren hat und der von seinem Eigentümer dem Gelehrten zur Verfügung gestellt wurde. Man konnte sein Niveau schnell um 1 Meter oder  $\frac{1}{2}$  Meter sinken und steigen lassen und so nach Belieben die Wassermasse um 320,000 Kilogr. vermindern oder vermehren. In beiden Fällen maß man die Verschiebung der Anziehung, welche auf dem schon in Schweden erprobten Mascart'schen Apparat (eine Art von Manometer mit Quecksilber und Wasserstoff) ausgeübt wurde, und jedesmal ergab eine einfache Berechnung der Ziffer 4.4 für die Dichtigkeit der Erde. Cornu hatte 4.56 gefunden; es läßt sich also annehmen, daß die wahre Ziffer nicht weit von 4.5 entfernt ist.

† Scheidungsgründe. Der Ehegerichts-Hof in London hat jüngst eine Scheidung unter sehr sonderbaren Umständen ausgesprochen. Der als Kläger auftretende Ehemann führte unter anderen Klagegründen gegen seine Frau auch an, daß sie ihn fortwährend verhöhne: 1. wegen der lächerlichen Form seiner Beine, 2. weil er sich das Bart- und Haupthaar schlecht schneiden lasse, 3. weil ihr seine Oberlippe nicht gefiel, 4. weil er das „h“ im Anlaut nicht gut aussprechen konnte und 5. weil er nichts von Theologie verstand und während der Sonntagspredigt stets einschlie. Die Richter bezeichneten dieses tyrannische Gebahren der Gattin als „einfach unerhört“ und befreiten den gekränkten Gentleman von seiner besseren Hälfte; in richtiger Würdigung seiner Leiden sprachen sie ihm außerdem noch eine Entschädigung von zwei Pfund Sterling zu.

anderen Räumen, zu dem glänzend eingerichteten Damensalon, der in den Rosa-, Gold- und Elfenbeintönen seiner geschnitzten und gemalten Wände und Decken schimmert und zehn Meter lang mit mattgrün gefaßten Plüschsesseln, kunstvoll geschnitzten Tischen und schweren Teppichen und Vorhängen ausgestattet ist. Ein Lichtschacht durchbricht den Fußboden des Salons und gewährt einen Blick in den großen, schönen Speisesalon, in dem die elegant gedeckte Mittagstafel der Gäste harret. Um den Damensalon läuft ein Korridor, durch den man zu den Schiffsluken gelangt. Ein Blick in diese Luken erweckt die Vorstellung, als ob das Schiff in Bewegung sei — vorausgesetzt, daß man einen Nidel in die Spalte neben der Schiffsluke geworfen hat. Denn nun ziehen in einem Diorama die Wandelbilder vorbei, die uns eine Reise von Newyork nach San Francisco auf einem Vergnügungsdampfer vorpiegeln.

Steigt man nun das stattliche Treppenhaus empor, so gelangt man zu dem Promenadendeck des Dampfers. Auch dieses ist vollständig eingerichtet, wie jedes große Dampferdeck. Zu zwei Drittel wenigstens, denn scheinbar ein Drittel, die Partie um den Schornstein, das Vordertheil des Schiffes, die herumhantirenden Matrosen und prominenten Passagiere sind gemalt — ziemlich geschickt ist der Uebergang vom figurlichen Vordergrund zu diesem Stück Malerei vollzogen. Künstlerisch aber sehr gut ist das eigentliche, von dem Münchener Hans Petersen geschaffene Rundgemälde „Der Hafen von Newyork.“ Das Schiff, auf dem wir uns befinden, zieht eine silberne Furche im Wasser und die vorzüglich gemalten Wellen scheinen an die Schiffswand unseres Dampfers zu schlagen. Die enorm weit erscheinende Wasserfläche ist belebt von Dampfern aller Art und ganz vorzüglich hat Petersen den Anschein hervorgerufen, als ob diese Dampfer wirklich in Bewegung wären. Links von unserem Schiff erblicken wir die Riesenstatue der Freiheit, vor uns die Stadt Newyork hinauf bis zum Broadway, die Trinity Church, das weiße Geschäftshaus der Standard Oil Company, die rothen Geschäftshäuser und die Produktionsbörse, die Werkanlage der Battery, die gewaltige Brücke über den East River, dann Newyorks Nachbarnstadt Brooklyn und endlich auf Governors Island das alte Befestigungswerk — ein wirklich interessantes Panorama und schon stofflich fesseln.

Zweifelloß wird das neue Panorama Anfangs viel Zuspruch finden — wie freilich auf längere Zeit unsere Panoramen, es sind wohl fünf jetzt, sich halten können, ist mir stets unklar gewesen.

Für Kunstangelegenheiten interessiert sich allerdings in diesem Jahre unser Publikum etwas mehr als sonst. A. quelle chose malheur est bon — der Umstand, daß die Ausstellungs-Jury diesmal viel Anlaß zur Klage gegeben, daß es zu persönlichen Auseinandersetzungen gekommen ist, hat doch das Gute gehabt, das Publikum für Kunstfragen wieder mehr zu interessiren. Aber freilich ist dieser Vortheil doch zu schwer

erkauf. Auf die entschiedenen Angriffe, die von uns hier und an anderer Stelle gegen die Jury gerichtet worden sind, ist eine Antwort der Jury nicht erfolgt: diese und andere Vorwürfe sind unwiderlegt geblieben. Dagegen soll ein Bildhauer, Mitglied des Vereins Berliner Künstler, der in der „Zukunft“ das System der Jury angegriffen hatte, vor das Ehrengericht des Vereins geladen werden. Am Dienstag Abend hat die ganze Frage eine Wendung bekommen, das Ehrengericht ist jetzt vor die Frage gestellt, soll die Jury ein Vertrauensvotum erhalten oder nicht? Wie die Entscheidung aber auch ausfällt, das Urtheil der die Jury verurtheilenden öffentlichen Meinung wird dadurch nicht beeinflusst werden können.

Der heutige Tag hat den vielen Sportlustigen Berlins eine wichtige Entscheidung gebracht und zahlreiche Wetten entschieden: der Sieger im Distanz-Radfahren Wien-Berlin ist eingetroffen. Heute Vormittag kam er an, mit etwas zerschissenen Pantalons und nicht gerade in bester Verfassung. Nachdem er eine Zeit lang hier gerafft, fragte er sofort nach dem Befinden seiner „Machinerie“, wie sonst ein Rittersmann nach seinem braven Köhlein. Ich bin in der beneidenswerthen Lage, auf Grund aktenmäßigen Materials konstatiren zu können, daß der Sieger im Radfahren 31 Stunden 1 Minute und 22  $\frac{1}{2}$  Sekunden für die Strecke Wien-Berlin gebraucht. Nun bin ich leider kein Sportsman, aber meiner unmaßgeblichen Laieneinsicht will bedürfen, als ob das Wett-Radfahren noch der verständigste Sport ist. Bei dem Distanz-Reiten war viel edles Material gefährdet — ich meine die an dem Sport ganz unschuldigen edlen Pferde. Bei dem Distanz-Wettlaufen von Berlin nach Wien trug zwar jeder Theilnehmer nur seine eigene Haut zu Markte und deshalb war diese Sportfregerei weniger tabelnsworth, wenn auch mit Rücksicht auf unsere ganz leidlichen Eisenbahnen noch immer unverständlich genug. Dem Radspott aber gehört die Zukunft — das Fahrpad kann auf dem Lande, in eisenbahnlosen Gegenden, im Kriege sehr praktische Dienste leisten. Im Berliner Geschäftsleben wird es vielfach zu Reklamezwecken verwandt. Großes leistet darin „der feine Reizner“, ein großes Herrengarderoben-Geschäft. Früher ließ er Leute im Ballanzug die Straßen durchwandern, fünf, sechs Leute in Frack und Zylinder, im Gänsemarsch hintereinander schreitend, die auf hoher Stange ein Plakat des „feinen Reizner“ trugen. Jetzt wird die Reklame mit Hilfe eines Dreirads gemacht. Hinten sitzt ein Jüngling, der das Dreirad in Bewegung setzt und vor ihm drei lebensgroße Holzfiguren nach der neuesten Mode gekleidet. So rast das Dreirad durch die Straßen — man sieht's, lacht darüber und geht vielleicht auch einmal, durch die originelle Reklame angelockt, zum „feinen Reizner“ hin. Jedenfalls hat der Mann Erfolg. Er ist bereits in die Witzblätter gekommen und heute sogar, ohne daß ich's eigentlich gewollt habe, auch in die Spalten Ihres Blattes.



**Polnisches.**

**Posen, den 1. Juli.**

d. Die polnische Fraktion des Reichstages würde, wie dem „Drendomnik“ in einer Korrespondenz aus der Provinz mitgeteilt wird, aus den diesmaligen Wahlen noch erfolgreicher hervorgegangen und auf 21 Mitglieder angewachsen sein, wenn es von einigen polnischen Kandidaten nicht bekannt gewesen wäre, daß sie für die Militärvorlage seien. So z. B. würden nach der Behauptung des „Drendomnik“ im Wahlkreise Wirlich-Schubin, wo bekanntlich der deutsche Kandidat (Mitter) in der Stichwahl zum Abgeordneten gewählt worden ist, die freisinnigen Deutschen dem polnischen Kandidaten, Dr. v. Komierowski, ihre Stimme gegeben haben, wenn es nicht von diesem bekannt gewesen wäre, daß er ganz besonders für die Militärvorlage eingetreten ist. Im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder, wo diesmal bei der Stichwahl bekanntlich der polnische Kandidat, v. Dombrowski, nicht gewählt worden ist, sei dies dem Umstande zuzuschreiben, daß den freisinnigen Deutschen die Parteinahme für die Militärvorlage bekannt gewesen sei. Wäre er gegen die Militärvorlage gewesen, so würden ihm dieselben ihre Stimme gegeben haben. Dagegen seien in den Wahlkreisen Graudenz-Strasburg und Bromberg die polnischen Kandidaten (v. Noszycki und v. Carlinski) hauptsächlich wegen ihrer Gegnerschaft gegen die Militärvorlage gewählt worden. Aus diesem Grunde hätten ihm viele freisinnige Deutsche ihre Stimmen gegeben. Wir überlassen dem „Drendomnik“ die Verantwortung für die Wahrheit dieser Mittheilungen, die wir der Hauptsache nach für leere Vermuthungen halten.

d. Auf den Sieg im Wahlkreise Allenstein-Rößel, wo bekanntlich bei der Stichwahl die Polen zum ersten Mal ihren Kandidaten durchgebracht haben, ist die polnische Presse sehr stolz und bezeichnet denselben als Beweis der Zunahme des Polenthums im südlichen Theile des Ermlandens. Daß aber dieser Sieg ganz anderen Ursachen zuzuschreiben ist, erkennt man auch bei der ersten Wahl abgegebenen Anzahl der Stimmen; damals erhielten der bisherige Abgeordnete Markowski (Mitglied der Centrumpartei) 6863, der polnische Kandidat Wolzlegier 4770, der Kandidat der „Mittelstandspartei“ (Fischer) 2730 Stimmen. Bei der Stichwahl haben die Wähler der letztgenannten Partei für den Kandidaten der Polen gestimmt, weil dieser für die Militärvorlage, der bisherige Abgeordnete Markowski gegen die Militärvorlage ist; auf diese Weise hat der Geisliche v. Wolzlegier die Majorität der Stimmen erhalten.

— Herr Dr. von Carlinski, welcher jetzt im Wahlkreise Bromberg zum Reichstagsabgeordneten gewählt wurde, ist nicht zu verwechseln mit dem langjährigen Mitgliede des preussischen Abgeordnetenhauses und Führer der polnischen Fraktion von Carlinski. Den letzteren, meinte der „Kurjer Poznan“, wenn er von dem bekannten Wideracher des Herrn von Koscielski sprach, und unsere gestrige Bemerkung, welche an jene Aeußerung des „Kurjer“ geknüpft war, beruht auf einem Irrthum unseres Uebersetzers.

**Aus der Provinz Posen.**

a. Kriewen, 30. Juni. (Etrunken. Naturseifenheit.) Gestern Vormittags erkrankte beim Baden das achthjährige Söhnchen des Fleischermeisters Rafael Szpet von hier in einem nahe der Stadt gelegenen Wiesenteiche. Die Leiche wurde erst eine halbe Stunde nach Eintritt des Unglücksfalles gefunden; die angelegten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. — Dieser Tage legte hier eine Henne ein Ei in ungewöhnlicher Größe. Nachdem das Ei gekocht und geöffnet worden war, fand sich im Innern desselben ein zweites Ei von natürlichem Aussehen in der Größe eines gewöhnlichen Hühnerestes.

s. Krotoschin, 30. Juni. [Bürgermeisterwahl.] In der heutigen Stadtverordnetenversammlung ist Bürgermeister Spornagel auf fernere zwölf Jahre einstimmig wiedergewählt worden.

**Telegraphische Nachrichten.**

**Königsberg i. Pr., 29. Juni.** Der frühere Oberbürgermeister von Königsberg, Selke, ist heute Nachmittag in Boppot gestorben.

**Breslau, 30. Juni.** Anlässlich der 50jährigen Jubelfeier überwies der Gustav Adolf-Verein die drei größten Liebesgaben den Gemeinden: Saden bei Carlsruhe Oberschl. im Betrage von 6752 Mark, Mittelwalde 2986 Mark und Strehlitz bei Ramlau 2886 Mark.

**Frankfurt a. M., 30. Juni.** Der italienische Sänger Stagno ist gestern Abend wieder aus der Haft entlassen worden.

**Wien, 30. Juni.** Der Austausch der Ratifikationen des neuen Handelsvertrages und der Viehschundenkonvention zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien hat heute Vormittag im Auswärtigen Amte stattgefunden.

**Paris, 30. Juni.** Die Frau Nortons, des Urheberers der gefälschten Dokumente, beging einen Selbstmordversuch, welcher ihre Ueberführung in ein Hospital nothwendig machte.

**Paris, 30. Juni.** Die Kammer lehnte mit 349 gegen 173 Stimmen mehrere Anträge ab, nach welchen die Eingangszölle auf Mais, Hafer und Gerste aufgehoben werden sollten. Hierauf trat die Kammer in die Beratung des Budgets für das Jahr 1894 ein. Pelletan und mehrere andere Redner sprachen sich abfällig über das Budget aus, weil dasselbe das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht sichere. — Der Senat nahm den Gelegenheitsbesuch betreffend die Petroleumzölle und das französisch-russische Handelsabkommen, welches gestern in der Kammer votirt worden ist, unbedingter an. In zweiter Lesung wurde der Gesetzesentwurf betreffend die Erbauung eines neuen Hafendassins in Marseille angenommen. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Viette, trat für die Vorlage ein, indem er die Nothwendigkeit derselben mit dem Hinweis auf die Anstrengungen begründete, welche Italien bezüglich der Hafenanbauten von Genua mache. — Bei einem am gestrigen Abend veranstalteten Banket der nationalen republikanischen Vereinigung hob Spuller hervor, Frankreich müsse sich vor der Mittelmäßigkeit hüten. Es sei zu wünschen, daß die Wähler Männer in die Kammer schickten, welche gut regierten, da die Regierung die Pflicht habe, im Namen des Landes vor ganz Europa zu sprechen.

**Paris, 3. Juni.** Gestern Abend fanden auf den äußeren Boulevards in Folge des Kutscherverweises ernsthafte Unruhestörungen statt. Die neuangeworbenen Kutscher wurden bei der Fahrt nach den Wagendepots mißhandelt und zahlreiche Wagen zertrümmert.

**London, 30. Juni.** Das Unterhaus nahm nach Ablehnung mehrerer Amendements die Resolution des Premierministers Gladstone, betreffend die Debatte über die Homerule-Bill, mit 299 gegen 267 Stimmen an.

**London, 30. Juni.** Eine der größten Wollstoff-Fabriken Großbritanniens, Messall u. Söhne in Hsworth, kündigte vor Kurzem ihren Webern eine Herabsetzung des Lohnes um 10 bis 15 Prozent an. Etwa 800 Arbeiter erhoben gegen diese Maßregel Einspruch. Infolge dessen schloß die Fabrik drei ihrer Spinnereien. Gegen 4000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung. — Nach einer Meldung des „Neuerischen Bureaus“ aus Malta sind die Kreuzer „Edgar“ und „Hædon“ mit den Ueberlebenden von der Besatzung

des Panzers „Viktoria“, zusammen 27 Offizieren und 267 Mann, heute daselbst eingetroffen. Augenzeugen berichten, daß die „Viktoria“ innerhalb fünf Minuten gesunken wäre, obwohl sofort nach dem Zusammenstoß das Signal zum Schließen der Schotten gegeben worden sei. Von Admiral Tryon ist keine Spur nach dem Untergang des Schiffes gesehen worden.

**Konstantinopel, 30. Juni.** Ueber die in den letzten Tagen beim Sultan gemachten Schritte, eine Abänderung der gegen die Armenier gefällten Urtheile herbeizuführen, wird nachträglich bekannt, daß dieselben nicht von den Voticaftern persönlich unternommen wurden. Andererseits wird bestätigt, daß der Sultan die betreffenden Vorstellungen wohlwollend entgegen genommen habe.

**Belgrad, 30. Juni.** In der Skupstina gelangte der Ausschußbericht über den deutsch-serbischen Handelsvertrag zur Besprechung. Der Bericht befürwortet die Annahme dieses Vertrages sowie des Ueberkommens über Muster- und Markenschutz.

**Newyork, 30. Juni.** Eine Depesche des „New-York Herald“ meldet aus Valparaiso, die Minenbesitzer und Silberhändler seien in Folge des Rückgangs des Silberpreises in Besorgniß. Die Schließung sämtlicher Silberminen mit Ausnahme der Quanchaca-Mine gelte für wahrscheinlich. — Einer Depesche der „New-York Times“ aus Denver-City zufolge beschloßen die Besitzer von Minen und Schmelzhöfen und die Minendirektoren in Colorado in einer gemeinsamen Versammlung einstimmig, alle Minen im Staate Colorado zu schließen. Etwa 30 000 Arbeiter verlieren dadurch ihre Beschäftigung.

**Mexico, 30. Juni.** (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Die Regierung erwägt gegenwärtig die Maßregeln, welche zum Schutze des mexicanischen Courants durch Einführung eines erhöhten Ausfuhrzölles oder einer Prägegebühr auf mexicanische Dollars zu treffen seien.

**Hamburg, 1. Juli.** In einer gestern abgehaltenen sozialdemokratischen Parteiversammlung wurde beschloffen, daß Hebel die Wahl in Straßburg annehmen solle. Bei der hier erforderlichen Neuwahl soll Wolfenbuhr als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt werden.

**Neueste Nachrichten.**

Eigener Fernsprechkdienst der „Pos. Ztg.“

**Berlin, 1. Juli, Morgens.** Wie der „Vib. Korresp.“ mitgeteilt wird, steht in nächster Zeit ein Aufruf von Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung bevor, der die Organisation der Partei in Berlin und im Reiche betrifft.

Obgleich der Schluß der Landtagsitzungen für nächsten Mittwoch in Aussicht genommen ist, soll die Regierung noch beabsichtigen, im Abgeordnetenhause den Vertrag mit Lübeck über den Elbe-Travelkanal vorzulegen.

Das Befinden der Fürstin Bismarck hat sich so weit gebessert, daß Professor Schwenninger nach Berlin zurückkehren konnte. Ende Juni wird Fürst Bismarck Friedrichsruh zu Sommerreisen verlassen.

Graf Hompesch ersucht die Mitglieder der Centrumsfraktion des Reichstages, zu einer Fraktionsitzung am Dienstag, den 4. Juli, Abends 8 Uhr, zusammen zu treten.

In einer gestern Abend in den Germania-Sälen abgehaltenen Sitzung des Agitationsverbandes der antisemitischen Partei erklärte Alshwardt, das Mandat für Arnswalde-Friedeberg angenommen zu haben. In Neustettin soll Professor Dr. Förster aufgestellt werden.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Der antisemitische Kuckuck ist im warmen Junfernest so gut aufgewachsen, daß er schon daran denkt, die eigenen Eltern herauszuwerfen.“

**Handel und Verkehr.**

**\*\* Berlin, 30. Juni.** [Beschlüsse der Sachverständigen-Kommission.] Vom 1. Juli cr. ab werden Araber und Canader Stamm-Prioritäts-Aktien excl. Coupon Nr. 14 per 1. Juli 1893; Raab-Dedenburger Eisenbahn-Aktien excl. Dividenden-Coupon pr. 1892; Szatmar-Nagybanya-Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktien excl. Dividendenchein Nr. 9 pr. 1. Juli 1893 an hiesiger Börse gehandelt und notirt. Vom 1. Juli d. J. ab werden Berrabahn-Aktien excl. Dividende pro 1892 an hiesiger Börse gehandelt und notirt. Auf schwebende Engagements findet ein Abschlag von 0,85 Proz. statt. Vom 1. Juli cr. ab werden 5 Proz. Griechische 1881/84er Anleihe franco Zinsen an hiesiger Börse gehandelt und notirt. Von diesem Tage ab finden für 5 prozentige Griechische 1881/84er Anleihe zwei getrennte Notizen statt und zwar für 5 Proz. Griechische 1881/84 Anleihe incl. Coupon per 1. Juli 1893 und für 5 Proz. Griechische 1881/84er Anleihe excl. Coupon per 1. Juli 1893. Vom 1. Juli cr. ab werden Amsterdam-Rotterdam Eisenbahn-Aktien excl. Dividendenchein Nr. 5; Westsibirische Eisenbahn-Aktien excl. Coupon Nr. 29 (1. April 1893) an hiesiger Börse gehandelt und notirt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß folgende Eisenbahn-Aktien vom 1. Juli cr. ab excl. Divid. gehandelt u. notirt werden: Böhm. Nordbahn-Aktien; Böhmisches Westbahn-Aktien; Galizische Carl Ludwigbahn-Aktien; Oesterreichische Lokalbahn-Aktien; Oesterreichische Nordwestbahn-Aktien; Oesterreichische Nordwestbahn-Eisenbahn-Aktien; Italienische Meridional-Eisenbahn-Aktien; Russische Südwestbahn-Aktien; Warschau-Wiener Eisenbahn-Aktien; Gottbarbahn-Aktien; Schweizer Centralbahn-Aktien; Schweizer Unionbahn-Aktien; Schweizer Nordbahn-Aktien. Die betreffenden resp. Abschlüsse werden am 1. Juli cr. festgesetzt werden und zwar bei den oesterreichischen Eisenbahn-Aktien nach neuer Uance. Auf die vor dem 1. Juli cr. auf spätere Termine geschlossenen Engagements sind heute folgende Couponsdifferenzen festgesetzt worden:

- Bochumer Gußstahl-Aktien + 4 Proz. Zuschlag.
- Dannenbaum-Bergw.-Aktien + 4 Proz. "
- Dortm. Union Stamm-Priorit. + 6 Proz. "
- Harpener Bergw.-Aktien + 4 Proz. "
- Laurahütte-Aktien + 4 Proz. "

Auf die betreffenden ausländischen Renten und Eisenbahn-Papiere werden die resp. Abschlüsse am 1. Juli cr. festgesetzt werden. Vom 1. Juli cr. ab sind Schweizer Nordostbahn-Aktien, Emission von 1891, gleich den alten Aktien an hiesiger Börse lieferbar.

**Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni und Juli 1893.**

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm.	W t n b.	W e t t e
30. Nachm. 2	757,9	W schwach	bedeckt
30. Abends 9	757,7	W leicht	trübe
1. Morgs. 7	757,3	W stark	bedeckt
Am 30. Juni Wärme-Maximum	+ 23,6°		Cel.
Am 30. Juni Wärme-Minimum	- 14,7°		

**Produkten- und Börsenberichte.**

**Börsen-Kurse.**

**Breslau, 30. Juni.** (Schlußkurse.) Leicht erholt. Neue 3 Proz. Reichsanleihe 86 45, 3/4, Proz. L.-Kranndbr. 98 Konfol. Türken 21,60, Türk. Post 85,00, 4 Proz. ung. Goldr. 95,25, Bresl. Oelkontobant 99,25 Breslauer Wechselbant 98 Kreditaktien 172 75, Schlef. Bantverein 113,00, Donnerstags 88,00, Fäbber Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellsch. für Bergbau u. Hüttenbetrieb 120,50, Oberschlef. Eisenbahn 48 Oberschlef. Bortland-Zement 78,50, Schlef. Cement 130,00 Opt. Zement 92,00, Kramsta 130,00, Schlef. Zinkaktien 184,00, Bahnt. 97 25, Verein Delfabr. 91 50 Oesterreich. Bantnoten 161 Russ. Bantnoten 213,90, Giesle Cement —, 4 Proz. Ung. Kronenanleihe 91,25, Breslauer elektrische Straßenbahn 121,00

**Frankfurt a. M., 30. Juni.** (Schlußkurse.) Fester. Lond. Wechsel 20,372, Pariser Wechsel 80,90 Wiener Bed. 164,35, 3 Proz. Reichsanleihe 86,50, unifiz. Ägypter 101,40 Ital. nex. 10 10, 6 Proz. Konfol. Mexik. 60,70, Oester. Silberrente 80,60, do. 4 1/2 Proz. Papierrente 80,70, do. 4 Proz. Goldrente 86,91, do. 1860er Post 125,70, 5 Proz. port. Am. 21 30 5 Proz. amort. Anleihen 95,00, 4 Proz. russ. Konfol. 93,40, 3. Orientanl. 68,40, 4 Proz. Spanier 64,50, 5 Proz. serb. Rente 78,80, serbische Tabaksrente 79,00, lomb. Türken 21 60, 4 Proz. ung. Goldrente 95,30, 4 Proz. ungar. Kronenrente 91,30, Böhm. Westbahn 305 1/2, Gottbarb. 157,80, Güter-Büchen Eisenbahn 133,00, Mainz 109 20, Mittelmeerbahn 93,70, Lombarden 87 1/2, Raab-Dedenburg —, B. Handels-Gesellschaft 134,00, Darmstädter 133,30, Dist.-Kommand. 179,70, Dresdner Bant 138,00, Mittelb. Kredit 97,20, Oest. Kreditaktien 276, Reichsbank 150,49, Bochum. Gußstahl 116,50, Dortmund. Union 50,40, Harpener Bergw. 118,61, Siberia 99,50, Laurahütte 97,60, Westeregeln 124,70, Privatdiskont 3 1/2.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 276 1/2, Dist.-Kommandit 179,50, Gelsenkirchen —.

**Hamburg, 30. Juni.** Flau. Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd. Silber in Barren pr. Kilo 86,75 Br., 86,25 Gd.

**Wien, 30. Juni.** (Schlußkurse.) Anfangs auf Fallen des Silberpreises und Ausland verstimmt, später ruhiger auf besseres Berlin.

Oester. 4 1/2 % Papirr. 98,55, do. 5 Proz. —, do. Silber. 98,40, do. Goldrente 117,60, 4 Proz. ung. Goldrente 115,85, 5 Proz. do. Papirr. —, Lombarden 245,90, Oester. Kreditakt. 334,75 ungar. Kreditaktien 409 25, Wien. St.-B. 120,75, Elbthalbahn 235 0/ Galizier —, Bemberg-Cernowitz 257,50, Lombarden 10, Nordwestbahn 214,00, Tabaksakt. 183,00, Napoleons 9,83 1/2, R. noten 60,67 1/2, Russ. Bantnoten 1,29, Silbercoupons 100,00, B. garische Anleihe 113,00, Böhm. Nordb. 209,00, Franzosen 306,2 Oesterreich. Kronenrente 96,40, Ungar. Kronenrente 94,50, Fe Nordbahn 295,00.

**London, 30. Juni.** (Schlußkurse.) Stetig. Engl. 2 1/2 Proz. Consols 98 1/2, Breussische 4 Proz. Consols —, Italien. 5 Proz. Rente 91 1/2, Lombarden 8 1/2, 4 Proz. 1889 Russ. II. Serie) 100 1/2, lomb. Türken 21 1/2, Oester. Silber. 79 1/2, Oester. Goldrente —, 4 Proz. ungar. Goldrente 95 1/2, 4 Prozent. Spanien 65 1/2, 3 1/2 Proz. Ägypter 95 1/2, 4 Proz. unifiz. Ägypter 100 1/2, 4 Proz. gar. Ägypter —, 4 1/2 Proz. Tribut-Anl. 98 1/2, 6 Proz. Mexitaner 61 1/2, Otiomabant 13 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 77 1/2, De Beers neue 17 1/2, Privatdiskont 1 1/2, Silber 30 1/2.

**Paris, 30. Juni.** (Schlußkurse.) Behauptet. 3 Prozentige amortis. Rente 98,50, 3 Proz. Rente 97,00, 4 1/2 Anl. —, Italien. 5 Proz. Rente 91,77 1/2, Oester. Goldr. —, 4 1/2 ungar. Goldr. 96,31, 3. Orient-Anl. 68,85, 4 Proz. Russen 1 99,40, 4 Proz. Ägypter 101,00, lomb. Türken 21,97 1/2, Türkenl. —, Lombarden 221 25, do. Priorit. —, Banque Ottomane 593 Rio Tinto 376,20, Tab. Ottom. 576,00, 3 Proz. Portugiesen 22 Russen 78,77, Privatdiskont —.

**Produkten-Kurse.**

**Köln, 30. Juni.** (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 17 do. fremder loco 17,75, per Juli —, per Nov. —, Rog hiesiger loco 15,75, fremder loco 17,75, per Juli, per Novbr. — Hafer hiesiger loco 19,25, fremder 17,75, Rüböl loco 54,00, Okt. 51,70, Wetter: Schwül.

**Bremen, 30. Juni.** (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirte Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fass frel. Ruhig loco 4,75 Br.

Haumwolle. Ruhig. Upland middl. loco 42 Bfg., Up Bafis middl. nichts unter low middl., auf Terminlet. v. Juni 41 1/2 Bf., v. Juli 41 1/2 Bf., per August 41 1/2 Bf., 42 Bf., v. Okt. 42 1/2 Bf., v. Nov. 42 1/2 Bf.

Schmalz. Ruhig. Schafer — Bf., Wilcox 50 Bf., Groccery — Bf., Armour 50 Bf., Kobe u. Brothcr (wure 50 1/2, Fairbanks 41 1/2 Bf., Cudaby —.

Speck. Ruhig, loco Short clear middl. 55. Wolle. Umsatz 135 Ballen. Tabak. 160 Seronen Carmen.

**Bremen, 30. Juni.** (Kurse des Effekten- und Waffer-Ver 5 Proz. Nordb. Wollkammerei- und Kammgarn-Spinnerei-A 165 Gd., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 110 1/2 Gd., Bremer Kammerei 301 Br.

**Hamburg, 30. Juni.** Getreidemarkt. Weizen loco hochfeinster loco neuer 165—166. — Roggen loco ruhig loco neuer 152—154 russischer loco ruhig, transit 116. ruhig. — Gerste ruhig — Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 5. Sviritus loco flau, per Juni-Juli 24 1/2 Br., per Juli-Aug. 24 1/2 Br., per August-Septbr. 25 1/2 Br., v. Septemb.-Oktober Br. Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sack. Petroleum loco ruhig, do. wihle loco 4,85 Br., per August-Dezember 4,90 B. Wetter: Schön.

**Hamburg, 30. Juni.** Kaffee. (Schlußbericht.) Good a Santos per Juni 79, per Septbr. 78 1/2, per Dezemb. 76 1/2, März —, Ruhig.

**Hamburg, 30. Juni.** Zudermarkt. (Schlußbericht.) Rohzuder I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neu, War an Bord Hamburg per Juni —, per August 18,67 Sept. —, per Okt. 15,27 1/2, Matt.

**Wien, 30. Juni.** Produktenmarkt. Weizen flau, per D Juni — Gd., — Br., per Herbst 8,19 Gd., 8,21 Br. 5 per Herbst 6,50 Gd., 6,51 Br. Mais per Mat-Juni 1894 5,52 5,54 Br., per Juli-August 5,15 Gd., 5,16 Br. Rohkraps August-Sept. 15,25 Gd., 15,50 Br. — Wetter: Regenlich.

**Paris, 30. Juni.** Getreidemarkt. (Schlußber.) Weizen m. o. Juni 20,90, p. Juli 21,00, p. Juli-August 21,10, p. Septem. Dez. 21,70. — Roggen matt, per Juni 14,10, per Sept. Dezbr. 14,90. — Weiz weich, per Juni 44,90, per Juli 45,10, Juli-August 45,40, per Septbr.-Dezbr. 47,25. — Rüböl r. per Juni 57,50, per Juli 58,00, per Juli-August 58,25



